

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates

des Kantons Basel-Landschaft

Nr . 114

vom 26. Januar 1999

Gemeinde Arlesheim, Waldgrenzenkarte „Reservoir - Dornach-Grenze“

I. Einleitung

Das vorliegende Verfahren zur definitiven Abgrenzung von Wald und Bauzonen im Gebiet „Reservoir - Dornach-Grenze“ in der Gemeinde Arlesheim wurde auf Antrag des Gemeinderates initiiert. Das Verfahren stützt sich auf die Artikel 13 und 10 Absatz 2 des Bundesgesetzes über den Wald (WaG, SR 921.0) sowie auf die Verordnung vom 8. März 1994 über das Verfahren zur Abgrenzung von Wald und Bauzonen (SGS 400.51). Das Forstamt beider Basel hat die Absteckung in Zusammenarbeit mit dem Nachführungsgeometer im Herbst 1998 vorgenommen.

Die Waldgrenzen sind für das Teilgebiet „Reservoir - Dornach-Grenze“ festgelegt worden. Die Waldgrenzenkarte bezieht sich auf die rechtsgültige Bauzonengrenze (Stand vom 7. Januar 1997). Mit Regierungsratsbeschluss Nr. 773 vom 1. April 1997 wurden bereits die Waldgrenzenkarten für die Teilgebiete „Mühlebodenweg-Reservoir“, „Obesunne“ und „Schwinbach“ sowie mit Regierungsratsbeschluss Nr. 2943 vom 16. Dezember 1997 jene für das Teilgebiet „Hofmatt“ erlassen.

II. Das Auflageverfahren

Die Publikation der Waldgrenzenkarten erfolgte im Amtsblatt Nr. 47 vom 19. November 1998. Die Einsprachefrist dauerte vom 19. November bis zum 21. Dezember 1998. Die Gemeinde hat das Auflageverfahren ordentlich durchgeführt. Das Forstamt beider Basel hat mit eingeschriebenem Brief vom 10. November 1998 die ausserhalb der Gemeinde wohnenden Grundeigentümer, welche von der Waldgrenzenkarte betroffen sind, über die Auflage in Kenntnis gesetzt.

III. Einsprachen

Innert der Auflagefrist sind keine Einsprachen erhoben worden.

IV. Erwägungen

a) Gemäss Artikel 2 Absatz 1 WaG gilt als Wald „... jede Fläche, die mit Waldbäumen oder Waldsträuchern bestockt ist und Waldfunktionen erfüllen kann. Entstehung, Nutzungsart und Bezeichnung im Grundbuch sind nicht massgebend“.

Das Verfahren stützt sich auf die Artikel 13 und 10 Absatz 2 des Bundesgesetzes über den Wald (WaG, SR 921.0) sowie auf die Verordnung vom 8. März 1994 über das Verfahren zur Abgrenzung von Wald und Bauzonen (SGS 400.51). Die Richtlinien für Waldfeststellungen des Kantons Basel-Landschaft vom 22. Oktober 1987 sehen für die Definition des Waldbegriffs folgendes vor:

„Die Waldgrenze (Waldrand) liegt in der Regel 3 m ausserhalb jener Linie, die durch Verbindung von Stockmitte zu Stockmitte der äussersten Bäume, bzw. Stöcke entsteht. ... Sind Sträucher den äussersten Bäumen vorgelagert, so sind diese für die Waldfeststellung nur massgebend, sofern sie über 10-jährig und mindestens 3 m hoch sind“ (Seite 5). Zudem ist bezüglich Alter der Bestockung zu beachten: „Wächst bei Vernachlässigung der Pflege des Kulturlandes eine Vegetation von Waldbäumen und Sträuchern natürlich auf, so wird sie ab einem Alter von 10 bis 15 Jahren zu Wald“ (Seite 3).

Gemäss § 2 der Verordnung über die Abgrenzung von Wald und Bauzone erlässt der Regierungsrat die Waldgrenzenkarten. Er entscheidet beim Erlass über die unerledigten Einsprachen.

Gemäss § 5 Absatz 1 der Verordnung über die Abgrenzung von Wald und Bauzone hat die Einwohnergemeinde die Waldgrenzen in ihre Nutzungspläne, die dem Bundesgesetz vom 22. Juni 1979 über die Raumplanung entsprechen, zu übertragen. Im vorliegenden Fall ist dies der Zonenplan Siedlung der Gemeinde Arlesheim.

Das Amt für Raumplanung trägt diese Waldgrenzen gemäss § 5 Absatz 2 der Verordnung über die Abgrenzung von Wald und Bauzone in seinen Plänen nach. Die Einwohnergemeinde trägt die Vermessungskosten der Waldgrenzenkarte gemäss § 2 Absatz 4 der Verordnung über die Abgrenzung von Wald und Bauzone.

b) Die Waldgrenzen wurden nach diesen Kriterien festgelegt. Es erfolgten keine Einsprachen, so dass die Waldgrenzenkarte erlassen werden kann.

V. Entscheide

://: 1. Es wird die Waldgrenzenkarte „Reservoir - Dornach-Grenze“ in der Gemeinde Arlesheim erlassen. Massgebend sind die mit den Inventarnummern 3 WGK 5/0 versehenen Exemplare der Karte.

2. Die Einwohnergemeinde Arlesheim wird angewiesen, die in diesem Verfahren festgestellten Waldgrenzen in den Zonenplan Siedlung zu übertragen.
3. Nachführung
 - 3.1 Der Nachführungsgeometer der Gemeinde Arlesheim wird beauftragt, die entsprechende Mutation bezüglich des definitiven Waldgrenzenverlaufes vorzunehmen. Dem Forstamt beider Basel ist ein Exemplar der Mutationsakten zuzustellen.
 - 3.2 Die zuständige Bezirksschreiberei wird beauftragt, aufgrund der Mutationsakten des Nachführungsgeometers die in Punkt 3.1 erwähnten Arealverhältnisse im Grundbuch nachzutragen.
 - 3.3 Die Kosten des Nachführungsgeometers (Punkt 3.1) und der Bezirksschreiberei (Punkt 3.2) gehen zu Lasten der Planungsträgerin, Einwohnergemeinde Arlesheim.

Gegen diesen Entscheid kann innert 10 Tagen seit Empfang beim Verfassungs- und Verwaltungsgericht, Poststrasse 3, 4410 Liestal, schriftlich Beschwerde erhoben werden. Die Beschwerde, die in vierfacher Ausfertigung einzureichen ist, muss ein klar umschriebenes Begehren und die Unterschrift der beschwerdeführenden oder der sie vertretenden Personen enthalten. Die angefochtene Verfügung oder der angefochtene Entscheid ist der Beschwerde in Kopie beizulegen. Das Verfahren vor Verfassungs- und Verwaltungsgericht ist kostenpflichtig.

Verteiler: - Gemeinderat Arlesheim, 4144 Arlesheim

- Hansruedi Plattner, Revierförster, Zollweidenstrasse 27/2, 4142 Münchenstein
- Grundbuchgeometerbüro Rohner, Jermann + Partner Ingenieure + Partner AG, Reichensteinerstrasse 3, 4144 Arlesheim
- Bezirksschreiberei Arlesheim, Domplatz 9-13, 4144 Arlesheim
- Amt für Raumplanung
- Vermessungs- und Meliorationsamt
- Bauinspektorat
- Forstamt beider Basel (3) (mit Akten und 5 unterzeichneten Plansätzen)
- Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (2)

Der Landschreiber:

